



Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0382/2008 öffentlich 03.06.2008 03.06.2008	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stellt fest, dass der Bedarf an stationären Pflegeplätzen in der Stadt Marburg derzeit gedeckt ist (vgl. u. a. „Konzept für eine Kommunale Altenplanung in der Universitätsstadt Marburg“ vom Februar 2007) und dass der quantitative Ausbau stationärer Plätze - über das bestehende Maß hinaus - weder inhaltlich sinnvoll noch politisch erwünscht ist.
2. Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, dies bei seinen Aktivitäten und Entscheidungen (auch in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen) zu berücksichtigen und mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vertreten.
3. Der Magistrat soll sich darüber hinaus für eine weitere Entwicklung der Infrastruktur für Ältere im Sinne der Ergebnisse der Workshops „Kommunale Altenplanung“ am 22.4. und des Positionspapiers des Seniorenbeirates vom 23.4. einsetzen und dies - in Kooperation mit Seniorenbeirat und den örtlichen Trägern in Altenarbeit und -pflege - aktiv unterstützen.

Im Zentrum stehen dabei die Forderungen „selbständig statt fremdbestimmt“, „wohnnah statt zentral“, „Angebotsvielfalt statt Einheitslösung“, „ambulant vor stationär“, „kleiner statt größer“, „Beratung statt Alleinlassen“ und „Vorsorge statt Nachsorge finanzieren“, wie sie im Papier des Seniorenbeirates formuliert und begründet worden sind (s. *Anlage*).

4. Die VertreterInnen im Aufsichtsrat der Marburger Altenhilfe GmbH werden aufgefordert, die weitere Entwicklung der Einrichtung ebenso an diesen Zielrichtungen zu orientieren, dies bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen und als städtische Gesellschaft weiterhin ein Beispiel für eine moderne Altenhilfepolitik zu bieten.

Begründung:

Ältere Menschen sind eine heterogene Gruppe - nicht anders als andere Altersgruppen, und auch mit dem gleichen Recht! Während viele von ihnen länger gesund bleiben und ihr Leben aktiv selbst gestalten möchten und Verantwortung für Angehörige, Nachbarn und die Gesellschaft übernehmen, gibt es auch eine immer größer werdende Zahl sehr alter Menschen, die einen hohen und längeren Bedarf an Unterstützung und Pflege haben und trotzdem den Wunsch haben, selbst bestimmt Leben zu können. Für uns gilt, diesen unterschiedlichen Lebenslagen im Alter gerecht zu werden. Dafür muss die kommunale Altenpolitik den Rahmen schaffen und sich an Leitlinien orientieren, die kontinuierlich reflektiert und angepasst werden sollen.

Mit dem „Konzept für eine Kommunale Altenplanung“ hat die Stadt Marburg bereits den ersten Schritt getan, eine entsprechende Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dies gilt es weiterzuführen, vor allem auch über konkrete Projekte in den einzelnen Bereichen. Nach der intensiven Beschäftigung mit der Frage von Wohnen und Pflege in den letzten Monaten steht dabei insbesondere auch eine intensive Diskussion über die Frage der Weiterentwicklung der Beratungsstruktur an, denn mit der Qualität und Zugänglichkeit von Beratung steht und fällt der Erfolg einer ausdifferenzierten und bedarfsgerechten Wohn-, Hilfe- und Pflegeinfrastruktur.

Speziell der Bereich des Wohnens und eventuell notwendige Pflegeleistungen sind ganz zentrale Fragestellungen für die älter werdende Bevölkerung. Möglichst langes selbständiges Leben im selbst gewählten Umfeld wünschen sich praktisch alle Menschen. Vor allen Dingen möchte niemand aus seinem oder ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden und im schlimmsten Fall in eine anonyme große Einrichtung kommen, die weit entfernt ist von bekanntem Umfeld und Menschen. Die notwendigen Hilfeleistungen, seien es Pflege oder andere Dienstleistungen, müssen modernen Anforderungen gerecht werden und qualitativ hochwertig sein, ob zu Hause, in einem Wohnprojekt oder in einer Pflegeeinrichtung. Diesen selbstverständlichen Wünschen Rechnung zu tragen ist eine zentrale Aufgabe städtischer Altenpolitik.

Neue große „traditionelle“ Altenpflegeheime werden daher in Marburg nicht benötigt, weder bezogen auf die Gesamtzahl stationärer Pflegeplätze noch konzeptionell. Im Gegenteil: Sie würden die Modernisierung bereits bestehender Einrichtungen sowie den Ausbau der ambulanten Pflege erschweren oder sogar verhindern. Schon gar nicht gewünscht für Marburg sind vorrangig profitorientierte Großeinrichtungen von „Pflegeketten“, die nach dem Schema „möglichst viele Pflegebedürftige auf möglichst wenig Raum“ arbeiten. Wir müssen für Marburg ein breites Spektrum an qualitativ hochwertigen Angeboten entwickeln, an Wohnprojekten, ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten, um den verschiedenen Bedürfnissen auch der älteren Menschen Rechnung tragen zu können.

Gerade weil der Pflegebereich heutzutage leider ein „Markt“, ein privatisierter Bereich ist und die Stadt keine rechtliche Kompetenz zur Durchsetzung von Qualitätsstandards in der Altenhilfe hat, muss sie durch die vorbildhafte Arbeit in ihrer eigenen Tochtergesellschaft „Marburg Altenhilfe“, durch das Entwickeln von neuen Ansätzen und das Veranlassen von öffentlichen Diskussionen Impulsgeberin und Vorreiterin in der Qualitätsentwicklung sein. Die Ergebnisse des Workshops vom 22.4. und das Positionspapier des Seniorenbeirates vom 23.4. bilden als Leitlinien für die Entwicklung angemessener moderner Lebensmöglichkeiten im Alter eine gute Grundlage.

gez. Ulrich Severin

gez. Dietmar Göttling

Anlage:

Positionspapier des Seniorenbeirats vom 23.4.2008